

in: Brodmann, Roman / Gross, Andreas / Spescha, Marc (Hg.),
*Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee. Der freie Gang aus der
Festung*, Basel 1986.

Zum Umgang mit der Initiative «Schweiz ohne Armee» als Spiegel der helvetischen politischen Kultur

Es geht uns in diesem Beitrag nicht um die Diskussion über Bedeutung und Funktion der Schweizer Armee, welche die bereits von 50'000 Männern und Frauen unterschriebene Volksinitiative der GSoA in erster Linie provozieren will. Von der Sache her ist für den folgenden Zusammenhang nur bedeutsam, dass eine fürs traditionelle schweizerische Staats- und Gesellschaftsverständnis wesentliche Institution in Frage gestellt wird. Dies ist für viele hierzulande nicht nur ungewohnt, sondern schlicht undenkbar und deswegen – wörtlich – kaum zu fassen.

Wir möchten im folgenden die Art und Weise beleuchten, wie hierzulande mit den Forderungen und Absichten der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee» umgegangen wird, wie das schier Unfassbare eben doch mehr oder weniger gefasst erfasst wird. Welches sind die vorherrschenden Reaktionsmuster? Inwiefern lassen sich daraus weitergehende und verallgemeinerungsfähige Charakteristiken hiesiger «Politischer Kultur» ablesen? Schliesslich interessiert uns vor allem auch die Frage, ob sich innerhalb der schweizerischen «Opposition» (1), wie unbefangenerweise zu vermuten wäre, vergleichsweise offenere Umgangsformen mit der auch für sie in mancherlei Hinsicht ungewohnten Forderung bemerkbar machen. Oder ist die politische Kultur, wie sie sich in der «Opposition» manifestiert – unter jenen Menschen und Gruppen der Linken, Alternativen und «neuen sozialen Bewegungen» – etwa mehr

Abbild der herrschenden politischen Kultur als deren Aufhebung und somit weniger Vorschein eines vorurteilslosen, konfliktbewussten Umgangs mit neuen Inhalten?

Einige Präzisierungen vorweg. Auch wir werden um Schematisierungen nicht herum kommen. Die erfreulicherweise ebenfalls zu erlebenden Ausnahmen werden bei den notwendigen Verallgemeinerungen zu kurz kommen. (2)

Was die Reaktionen auf die Initiative «Schweiz ohne Armee» betrifft, so berücksichtigen wir nicht nur jene seit der Lancierung der Volksinitiative im März 85, sondern auch jene während der vierjährigen Vorbereitungsphase. (3)

Mit dem Konzept der «politischen Kultur» greifen wir zwar auf eine neuere politikwissenschaftliche Debatte zurück (4), allerdings ohne den Anspruch, einen wissenschaftlich hinreichenden Text zu liefern. Hier geht es uns vielmehr darum, unsere innerlinken Erfahrungen mit diesem Thema in Thesen zu verdichten. Wir verstehen dies als einen Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Identitätskrise der Linken, welche bekanntlich ja auch immer eine gute Chance zur Erneuerung und deren Hebung auf die Höhe der Zeit in sich birgt. Leider besteht diese Krise der Linken ja nicht nur darin, dass ihr vorderhand zukunftssträchtige und zeitgemässe Projekte fehlen, sondern sie vermag derzeit auch nicht einmal jene offene Diskussionskultur zu schaffen, die erst solche gemeinsamen Projekte hervorbringen könnte. Doch dies setzt eben voraus, dass die Opposition eine andere Politische Kultur aufbaut als jene, die landesweit üblich ist.

Zum Konzept der «Politischen Kultur»

Der Begriff der «Politischen Kultur» ist auch in der Schweiz zu einem Modewort geworden,

das in letzter Zeit von Journalisten und Politikern immer mal wieder verwendet wurde und je länger je mehr an Bedeutungsschwäche leidet. Meist wird damit ein Vorwurf an andere gediegen artikuliert, im Sinne «unanständigen», beziehungsweise repressiven Umgangs Mächtiger mit weniger Mächtigen. Ebenso werden damit schlechte Umgangsformen von Politikern untereinander, beispielsweise innerhalb eines Parlamentes oder vor Volksabstimmungen, bezeichnet. Häufig wird dabei auch das Wort der «politischen Unkultur» verwendet, was mit Blick auf das Konzept der «Politischen Kultur», wie es von der mehr wissenschaftlichen Debatte hervorgebracht wurde, eher wenig Sinn macht.

Wir möchten uns für unseren Zusammenhang auf Peter Reichel beziehen, der vor fünf Jahren mit einem Zeitschriftenaufsatz die entsprechende, ältere US-Diskussion aufgriff und in der Einleitung zum von ihm herausgegebenen Band «Politische Kultur in Westeuropa» (5) folgendermassen definierte:

«Als 'politische Kultur' sollen daher hier die für eine Gesellschaft insgesamt und/oder gesellschaftliche Grossgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster bezeichnet werden. Sie sind einerseits mit den in Institutionen und Gruppenprozessen eingebundenen individuellen Lebensgeschichten (Sozialisation) eng verknüpft, werden aber auch durch aktuelle Ereignisse beeinflusst.»

In bezug auf die erwähnte Konzeptdiskussion ist allerdings zu präzisieren, dass wir den Begriff der «Politischen Kultur» grundsätzlich wertneutral verwenden möchten, ihn also mit keinerlei besonderen demokratischen, partizipativen, liberalen oder sozialistischen Voraussetzungen verbinden wollen. Zudem soll er vor allem zur Erklärung jener Denk- und Verhaltensformen von Gruppen beitragen, die mit ausschliesslich sozioökonomi-

schen, institutionsspezifischen oder ideologischen Kriterien nur unzureichend analysiert werden können (6).

Unkonventionelle Ladung auf einem konventionellen Vehikel

Bei den folgenden Überlegungen zu vorherrschenden Verhaltensmuster der Initiative gegenüber sind wir uns durchaus bewusst, dass nicht nur die Infragestellung einer vordergründig sicherheitsstiftenden Institution wie die Armee verunsichert, sondern vor allem auch die Art, wie dies hier geschieht: Viele verunsichert ganz besonders, dass für diesen unkonventionellen Inhalt ein durchaus traditionelles Mittel schweizerischer Politik gebraucht wird.

Dies ist selbstverständlich nicht zufälligerweise so geschehen (7). Die Initiative soll dabei als «sanfter legaler Zwang» (Hans Saner) wider die Verdrängung wesentlicher gesellschaftlicher Fragen, die Realitätsverleugnung und die «Suche nach der Zukunft in der Vergangenheit» (Max Frisch) dienen. Dabei mag die Überwindung der längeren Sprachlosigkeit «traditioneller Linker» gegenüber der GSoA dadurch erschwert worden sein, dass sowohl die Armee zu lange inhaltlich zu unkritisch befragt worden ist, wie auch gegenüber dem Instrument der Volksinitiative nach allzulanger Euphorie eine brüske Desillusionierung unter Linken angesichts der Erfahrungen von 1984 (8) beobachtet werden kann, ohne dass eine vertiefte und differenzierte Analyse über Sinn und Unsinn des Instrumentes der Volksinitiative bereits geleistet worden wäre. Dazu hat Hans Saner kürzlich wieder einen interessanten Anstoss geliefert: «Dann (während der 'Demokratie im Verfall', ag/ws) wird der exzessive Gebrauch der an sich gewährten, aber unerwünschten Freiheiten zum vielleicht wirksamsten Mittel

des Widerstandes, das nicht bloss von Zeit zu Zeit durch symbolische Akte auf augenfällige Ungerechtigkeiten hinweist, sondern eine dauernde demokratische Gegenpraxis zum Verfall ist.» (9)

Jedenfalls entsprang die Wahl des Mittels der Volksinitiative zur Infragestellung der Armee und zum Aufbruch eines scheinbaren Konsenses, welcher mehr Folge herrschender Hegemonie als Ausdruck bewusster Überzeugungen ist, bereits einer These der politischen Kultur in der Schweiz, die die Zukunftsträchtigkeit anderer Wege und Mittel als geringer erscheinen liess. Recht eigentlich überrascht haben uns viele der erfahrenen Reaktionsmuster folglich nicht, zumindest was diejenigen von herrschender Seite betrifft.

I. Mehr «Gag» als konkrete Utopie?

Immer mal wieder sind wir seit Frühjahr 81 an das Bonmot von Schopenhauer erinnert worden, dass jede ernsthafte Sache erst lächerlich gemacht, dann bekämpft und nach «geschlagener Schlacht» als selbstverständlich erklärt werde. Die Schweizergeschichte bietet dafür Beispiele in Hülle und Fülle. Als «Gag» wurde dann die Idee «Schweiz ohne Armee» zwar sofort ernst genommen; als konkrete Utopie hingegen zogen sie anfänglich nur die wenigsten in Erwägung. Als sich die Initiative als ein ernsthaftes Projekt erwies (damals wurden ja auch «Gag-Initiativen» lanciert wie jene für ein «Recht auf Eigentum» und eine für die «Zweckbindung der Tabakzölle»), waren die einen konsterniert (inklusive Teile der organisierten Friedensbewegung), andere griffen auf pathologische Karikierungen («Spinner», «Verrückte»), dritte äusserten angesprochene Ängste - auch vor vermeintlicher politischer Ghettoisierung - in unverhohlener Aggressivität. Jedenfalls war von einem offenen, selbstbewussten

Zugehen auf die unerwarteten politischen Vorschläge wenig zu vermerken in der «veröffentlichten Öffentlichkeit». Abwarten schien vielmehr die Devise von rechts bis parlamentarisch links zu sein.

II. Reagiert wird erst unter Druck

Wir waren uns bewusst, dass jeder und jede Zeit benötigen, um sich an die Befragung einer Institution, deren Selbstverständlichkeit uns gleichsam mit der Muttermilch eingeflößt worden ist, zu gewöhnen. Haben wir die Zeit, die es dazu braucht, dennoch unterschätzt, oder hat man hierzulande vor lauter politischer und anderer Alltagsarbeit einfach keine Zeit zur Diskussion neuartiger Fragen, oder haben die meisten hierfür auf Grund schlechter Erfahrungen einfach die Lust verloren, beziehungsweise allzu viel Angst vor unerwarteten Antworten?

Immerhin dauerte es vom April 81 bis zur Fixierung des Lancierungstermins vom Frühjahr 85 im März 84 fast drei Jahre: Zeit genug um einzugreifen. Anlässe hätte es dazu auch mehr als genug gegeben: Die Jusos formulierten rund um die Abschaffung der Armee «ein friedenspolitisches Programm», die Forderung nach der Abschaffung wurde spontan an der ersten grossen Friedensdemo in Bern am 5.12.81 sogar vorgetragen und mit «offenem Handmehr» unterstützt, die GSoA gründete sich am 12.9.82, unzählige Artikel unsererseits, auch Seminare, Veranstaltungen wurden organisiert – doch eine halbwegs öffentliche, kontroverse Debatte kam erst zustande, als wir aus unseren internen, durchaus vielfältigen und uneinheitlichen Diskussionen die Schlussfolgerungen bereits gezogen hatten.

Erst als wir mit dem 15'000 Franken-Inserat im TAM sowie mit dem Beschluss, die Initiative am 21.3.85 zu lancieren, uns über traditionelle organisatorische (Macht-)Potentiale

auswiesen – zumindest im zweiten Fall über ein entsprechendes Selbstbewusstsein – also erst als wir gleichsam ein Drohpotential aufbauten, begannen uns institutionsbezogene Politiker und Aktivisten «ernst» zu nehmen. Auch auf linker und friedensbewegter Seite – soweit sie organisiert sind – scheinen also nicht die Güte oder die Potentiale einer Idee entscheidend zur Auslösung einer Diskussion zu sein, sondern die Gegenmacht, die sich hinter diesem Gedanken manifestiert. Freiwillig mischen sich wenige ein, auf Druck folgen schon viel mehr.

III. Realpolitische Imprägnierung

Realpolitische Erwägungen beherrschen auch die Linke hierzulande; ebenso ein politisches Denken in der je eigenen gewohnten Struktur: Den institutionalisierten Parteien und Realpolitikern ist die Initiative zu unkonventionell, zu «utopisch», den sich als «Autonome» verstehenden Anti-Institutionalisten ist sie vielfach zu traditionell, pragmatisch. Rar sind die Zwischentöne jener, die beide Pole nicht als Gegensatz, sondern als zwei Ausgangspunkte einer gleichen Zielsetzung sehen, die beide gleichzeitig in Erwägung gezogen werden müssen.

Ebenso traf sich eine «Ich-hier-und-jetzt-Ausrichtung» der Nachbewegungszeiten mit einer Art «Neo-Pragmatismus gewisser Gruppierungen, die sich umso hartnäckiger an ihre Volksinitiativen des Jahres 1984 klammerten, mit der Tradition der Etablierten, alle grundsätzlichen Fragen so lange totzuschweigen, bis dies nicht mehr geht. Daraus ergaben sich breite antiutopische Aversionslagen, die über das hierzulande übliche Mass an «Verteidigungsmentalität» zugunsten der Vergangenheit und zulasten der Zukunft noch hinausgingen.

Schliesslich wird die politische Produktivität einer Idee bis weit in sich als oppositionell verstehende Organisationen hinein ausschliesslich mit parlamentarischen Ellen gemessen. Dass resignierte, abstinente Menschen und vor allem Jugendliche unter ihnen bei entsprechenden Identifikationsmöglichkeiten und Wiedererkennung verschütteter Hoffnungen auch wieder politisch «einstiegen» könnten und somit die vermeintlich sichere «Kontraproduktivität» weniger gewiss sein könnte, wird nicht einmal mehr in Erwägung gezogen. Statt Köpfchen zu gebrauchen, wurde es vielmehr nur geschüttelt.

Schliesslich überraschte doch das auch unter Linken dominierende statische und eindimensionale Denken. Dass auch wieder Prozesse ausgelöst werden könnten, deren Wirkung und Effekte langfristig durch pragmatischeren Forderungen wieder zum Durchbruch verhelfen könnten, scheint wenig präsent. Ebenso wenig die Erkenntnis, dass wir Linke vielen Menschen durchaus mehr zutrauen dürfen, als dies bürgerliche Politiker in der Regel mit ihrer zynischen Menschenverachtung tun.

IV. Wider den Abschied von Utopien

Auch die organisierten Linken, Alternativen und vielseitig Bewegten kennen und anerkennen offensichtlich mehr Tabus, als ihnen bewusst ist. Nicht nur Sozialdemokraten haben Mühe, über den nationalen Konsens der Nachkriegszeit hinauszudenken: Insofern holt das Alte auch manche Teile der ehemals «Neuen» Linken ein. Ihre Utopien liessen sie verschütten, statt sie angesichts neuer Erkenntnisse – die allerdings teilweise schon seit vierzig Jahren vorgetragen werden – zu erneuern.

Die «Schweiz ohne Armee» stellt gleich mehrere solcher alten, auch linker Konsens-

Paradigmen in Frage: «Verteidigung», «Sicherheit», ebenso wie «Miliz», «Souverän», nationale Souveränität, oder das traditionelle, mehr auf die Verteilung von Macht und Prestige statt auf fundamentale Fragen ausgerichtete Politikverständnis, das zudem statt mobilisieren vielfach nur besänftigen will.

Es motiviert uns im Hinblick auf unsere künftige Arbeit unterwegs zu einer «Schweiz ohne Armee», dass solche Fragen bei engagierten, aber organisatorisch weniger eingebundenen Menschen ein mehr positives und stimulierendes Echo auslösen als bei wie auch immer Organisierten – mit oder ohne Parteibuch – alter Schule. Sie zeigen, dass Ansätze einer emanzipativen Politischen Kultur auch hierzulande festzustellen sind – nur nicht dort, wo viele unter ihnen sie am ehesten zu finden hofften. Die Chance dieser Volksinitiative liegt in der realutopischen Erweiterung der politischen Diskussion.

Anmerkungen

1) Vergleiche dazu die Definition Hans Rudolf Hiltys aus der Zürcher AZ vom 19.1.1973 «Opposition in diesem Land kann nur heissen: gegen den Zusammenhalt derer anzugehen, die auf private Profitmaximierung aus sind. «zit. in: Andreas Gross, «Opposition: 'Abstellkammer' oder Chance zum gemeinsamen Aufbruch?» in «Zauberformel: Fauler Zauber?», Basel, 1984, S. 196.

2) Das vorliegende Buch ist selbst Zeugnis dieser Ausnahmen.
3) Zur Geschichte der GSoA im einzelnen, ihrer Erfahrungen und den Reaktionen auf sie vergleiche man/frau die jeweils mit ausführlichen Dokumentationen ausgestatteten «Infos» der GSoA 1 (Juni 83) bis 10 (Dezember 85), die bei der GSoA, Postfach 261, 8026 Zürich zu Fr. 5.-/Stück bezogen werden können. Teilweise sind sie weit über den Gegenstand der Armee hinaus eigentliche zeitgeschichtliche Quellensammlungen.

4) Politische Vierteljahresschrift (Duisburg), Dezember 1980 mit Beiträgen auch im 81er Jahrgang.

5) Campus-Verlag, FM, 1985

6) Uns scheint dieses Konzept erkenntnisträchtiger zu sein als der Versuch von Hirschier/Kriesi zum «politischen Stil» (In: Festschrift Heintz. Rüeegger. 1980 S. 367-380): Immerhin stehen deren Ergebnisse bezüglich der «Konventionen» des politischen Bargainings innerhalb der «Elite» - «Realitätsverleugnung und Konfliktvermeidung» - nicht im Widerspruch zu den folgenden Thesen und Beobachtungen.

7) Vergleiche dazu den Beitrag «Angst vor Utopien - Angst vor Initiativen?», S. 41-45, in «Anstösse zum Frieden», Diskussionsbeiträge der GSoA, Zürich 1985 (2. Aufl.)

8) Siehe dazu den Artikel von Andreas Gross zu den Volksinitiativen im Jahre 1984 und den Einschätzungen ihrer Initianten im Tages-Anzeiger vom 31.12.84.

9) Hans Saner, Widerstand in der Demokratie, in: studia philologica 44/1985, S. 110.



Roland Béguelin, Roman Brodmann, Jean-Louis Cornuz, Fitzgerald Crain, Friedrich Dürrenmatt,
Hans Fässler, Regula Fischer, Max Frisch, Andreas Gross, Jürg Hagmann, August E. Hohler,
Jenny Humbert-Droz, Kurt Hutterli, Carlo Jäger-Weise, Egbert Jahn, Jean-Philippe Jeanneret,
Jürgmeier, Edy Kaspar, Arnold Künzli, Anne-Claude Liardet, Ueli Mäder,
Max Meier, Paul Parin, Pierre Passett, Madeleine Regis, Franz Rehgli,
Peter von Roten, Paul Ruppen, Ingrid Rusterholz, Hans Särer, Werher Seitz,
Marc Spescha, Esther Steinacher, Jürgen von Tömé, Fernand Vauthry, Manfred Züfle,
Hans-Heiri Zürcher

UNTERWEGS ZU EINER SCHWEIZ OHNE ARMEE

Der freie Gang
aus der
Festung



Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee

Der freie Gang aus der Festung

1986, 1987
Z-Verlag, Basel